

Vorlage 2021/54

eingetragen durch
Viktor Zouboulis
am 9.12.2020

Antrag der UKeler Vereint:

Folgende Punkte sind separat abzustimmen, 2. ist nur abzustimmen, falls 1. angenommen wird.

1. Wir bitten das Studierendenparlament folgenden Text abzustimmen und bitten das Präsidium folgenden Text im Namen des Studierendenparlaments zu publizieren
2. Wir bitten das Präsidium folgenden Text im Namen des Studierendenparlaments als offenen Brief an die Bürgerschaft zu schicken.

Viktor Zouboulis im Namen der UKeler Vereint

Vorabfassung - wird durch lektorierte Fassung ersetzt.

Stellungnahme des Studierendenparlaments der Universität Hamburg zur neuen Gebührenordnung für die medizinische Fakultät

Hamburg, 08.12.2020

Auf der kommenden Bürgerschaftssitzung am 16.12.2020 soll dem Dekanat der medizinischen Fakultät der Universität Hamburg (UKE) ermöglicht werden, bei Studienaufnahmetests (HAM-Nat) Gebühren zu erheben. Diese sollen ein Ausgleich sein, da es an der Finanzierung dieses Tests in Höhe von ca. 150.000 € fehle.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinen Urteilen zum NC von 1972 und 1978 folgenden Grundsatz festgelegt: „Auswahlregelungen für zulassungsbeschränkten Studiengänge müssen jedem Zulassungsberechtigten eine Chance lassen“. Langfristig ist das nur durch eine höhere Finanzierung der Hochschulen möglich.

Der HAM-Nat ist ein fortschrittlicher Ansatz, um den Ungleichheiten, die durch die reine Vergabe der Studienplätze nach Abiturnote entstehen, entgegen zu wirken. Die Ergebnisse des HAM-Nats sind weniger abhängig von der sozialen Herkunft der Teilnehmer als die Abiturnote. Die reine Abiturnote selektiert unter anderem auch sozial. Alle (zukünftigen) Studierenden in Hamburg sollten die Möglichkeit erhalten Medizin studieren zu können, ungeachtet ihrer sozialen Herkunft. Gebühren des HAM-Nats würden dem allerdings entgegenwirken, da es nicht „nur“ bei den 35 € an Kosten bleiben würde. Es kämen Anfahrts-, Übernachtungskosten und evt. Kosten für weitere Tests hin zu, wenn der HAM-Int wieder eingeführt wird.

Die Corona-Pandemie und die dadurch aufkommenden Kosten für die Stadt Hamburg dürfen nicht genutzt werden, um Kosten der Gemeinschaftsaufgaben wie die Eingangstests für das Medizinstudium, auf Einzelne abzuwälzen. Stattdessen sollte die Hamburger Bürgerschaft und der Senat der Stadt Hamburg sich bemühen, das vom Bundesverfassungsgericht-Urteil bestätigte Grundrecht auf freie Berufswahl und freie Wahl der Ausbildungsstätte aktiv zu stärken.

Die Stadt Hamburg sollte bereits jetzt anfangen die Zukunft zu planen, um die Aufgaben der Hochschule einer gerechten Finanzierung, die frei von sozialen Restriktionen ist, realisieren zu können.

Eine Erhebung von Gebühren für den HAM-Nat verurteilen wir.

Das Studierendenparlament der Universität Hamburg